Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5092**

17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/3176 –

10 Jahre UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Möhring, Jan van Aken, Agnes Alpers, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3205 –

Verpflichtung zur UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ einhalten – Auf Gewalt in internationalen Konflikten verzichten

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Katja Keul, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2484 –

10 Jahre UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden, Sicherheit – Nationaler Aktionsplan für eine gezielte Umsetzung

A. Problem

In den Vorlagen geht es um die besondere Gefährdung von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten sowie die Schlüsselrolle von Frauen bei der Konfliktprävention und Konfliktlösung, der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau. Mit Resolution 1325 (2000) sowie den Folgeresolutionen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und zur stärkeren Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen habe der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einen historischen Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik gesetzt.

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, die VN und ihre Sonderberichterstatterin für sexuelle Gewalt gegen Frauen in Konflikten bei der Umsetzung von Resolution 1325, beim Aufbau der VN-Einheit für Geschlechtergerechtigkeit, bei der Erreichung einer Frauenquote von 50 Prozent in VN-Führungspositionen sowie bei der Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in Friedensmissionen zu unterstützen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, die zügige Resolutionsumsetzung innerhalb der EU zu befördern, die weitere Finanzierung über das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen, einen Nationalen Aktionsplan zu erstellen, Resolution 1325 in Krisenregionen politisch und zivilgesellschaftlich bekannt zu machen, Frauennetzwerke vor Ort zu schulen und gleichberechtigt einzubinden, die Bedürfnisse von Frauen bei humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen, Justizreformen und die internationale Strafgerichtsbarkeit zur Verfolgung von Gewalt an Frauen zu stärken sowie bei der Umsetzung von Resolution 1325 eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert, auf die Anwendung militärischer Gewalt in internationalen Konflikten und Kriegen zu verzichten, Resolution 1325 in allen internationalen Handlungsfeldern umzusetzen, in Krisenregionen zivile Maßnahmen der Konfliktprävention und Konfliktlösung zu ergreifen sowie die Verquickung von militärischen Einsätzen und zivilem Engagement einzustellen. Die Bundesregierung wird ebenfalls aufgefordert, gemeinsam mit Friedens- und Frauenorganisationen einen Nationalen Aktionsplan zu erarbeiten, die Einrichtung von Resolution-1325-Kontrollstellen auf der europäischen Ebene und bei den VN zu fördern und auf jegliche Unterstützung für Regime und Streitkräfte, die Minderjährige als Soldaten in bewaffnete Konflikte entsenden, sich systematischer Menschenrechtsverletzungen oder systematischer sexualisierter Gewalt schuldig machen, zu verzichten.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, zur Umsetzung von Resolution 1325 eine nationale Monitoringstelle einzurichten, auf Grundlage eines Gender-Audit einen Nationalen Aktionsplan zu erarbeiten, dem Bundestag jährliche Fortschrittsberichte vorzulegen und die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu verstärken. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, den Anteil weiblicher deutscher Sonderbeauftragter und Sonderbotschafterinnen für die EU und die VN zu erhöhen, die zivile Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)/Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu stärken, sich für eine EU-Monitoringstelle und eine bessere Genderbalance in GSVP-Missionen und dem EAD (Europäischer Auswärtiger Dienst) einzusetzen sowie bei GSVP-Missionen auf eine Berücksichtigung örtlicher Frauenorganisationen zu achten. Die Bundesregierung wird ebenfalls aufgerufen, gegenüber EU-Drittstaaten und regionalen Organisationen die Bedeutung von Gleichstellung und der Verhütung von sexualisierter Gewalt hervorzuheben, sich für die Umsetzung des Beschlusses des OSZE-Ministerrats über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge einzusetzen, innerhalb der verschiedenen VN-Gremien für die Anwendung der Indikatoren zur Umsetzung der Resolution 1325 und in Postkonfliktsituationen für die Beachtung der Geschlechterperspektive, die Schulung und Einbindung lokaler oder regionaler Frauenorganisationen, die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am Wiederaufbau und die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter einzutreten sowie sich als Mitglied der „friends of resolution 1325“ für einen Erfahrungsaustausch auf internationaler

Ebene einzusetzen und für internationale Stellenbesetzungen in Friedensprozessen gezielt Frauen auszubilden und zu unterstützen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3176 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3205 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2484 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/3176 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/3205 abzulehnen,

c) den Antrag auf Drucksache 17/2484 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Philipp Mißfelder** Berichterstatter	**Edelgard Bulmahn** Berichterstatterin	**Dr. Bijan Djir-Sarai** Berichterstatter
	Sevim Dağdelen Berichterstatterin	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Edelgard Bulmahn, Dr. Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3176** in seiner 66. Sitzung am 8. Oktober 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 24. Sitzung am 1. Dezember 2010 an seinen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ zur gutachtlichen Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3205** in seiner 66. Sitzung am 8. Oktober 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 24. Sitzung am 1. Dezember 2010 an seinen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ zur gutachtlichen Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2484** in seiner 66. Sitzung am 8. Oktober 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 24. Sitzung am 1. Dezember 2010 an seinen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ zur gutachtlichen Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

In den Vorlagen geht es um die besondere Gefährdung von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten sowie die Schlüsselrolle von Frauen bei der Konfliktprävention und Konfliktlösung, der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau. Mit Resolution 1325 (2000) sowie den Folgeresolutionen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und zur stärkeren Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen habe der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) einen historischen Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik gesetzt.

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, die VN und ihre Sonderberichterstatterin für sexuelle Gewalt gegen Frauen in Konflikten bei der Umsetzung von Resolution 1325, beim Aufbau der VN-Einheit für Geschlechtergerechtigkeit, bei der Erreichung einer Frauenquote von 50 Prozent in VN-Führungspositionen sowie bei der Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in Friedensmissionen zu unterstützen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, die zügige Resolutionsumsetzung innerhalb der EU zu befördern, die weitere Finanzierung über das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen, einen Nationalen Aktionsplan zu erstellen, Resolution 1325 in Krisenregionen politisch und zivilgesellschaftlich bekannt zu machen, Frauennetzwerke vor Ort zu schulen und gleichberechtigt einzubinden, die Bedürfnisse von Frauen bei humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen, Justizreformen und die internationale Strafgerichtsbarkeit zur Verfolgung von Gewalt an Frauen zu stärken sowie bei der Umsetzung von Resolution 1325 eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert, auf die Anwendung militärischer Gewalt in internationalen Konflikten und Kriegen zu verzichten, Resolution 1325 in allen internationalen Handlungsfeldern umzusetzen, in Krisenregionen zivile Maß-nahmen der Konfliktprävention und Konfliktlösung zu ergreifen sowie die Verquickung von militärischen Einsätzen und zivilem Engagement einzustellen. Die Bundesregierung wird ebenfalls aufgefordert, gemeinsam mit Friedens- und Frauenorganisationen einen Nationalen Aktionsplan zu erarbeiten, die Einrichtung von Resolution-1325-Kontrollstellen auf der europäischen Ebene und bei den VN zu fördern und auf jegliche Unterstützung für Regime und Streitkräfte, die Minderjährige als Soldaten in bewaffnete Konflikte entsenden, sich systematischer Menschenrechtsverletzungen oder systematischer sexualisierter Gewalt schuldig machen, zu verzichten.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, zur Umsetzung von Resolution 1325 eine nationale Monitoringstelle einzurichten, auf Grundlage eines Gender Audit einen Nationalen Aktionsplan zu erarbeiten, dem Bundestag jährliche Fortschrittberichte vorzulegen und die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppen zu verstärken. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, den Anteil weiblicher deutscher Sonderbeauftragter und Sonderbotschafterinnen für die EU und die VN zu erhöhen, die zivile Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung in der GASP/GSVP zu stärken, sich für eine EU-Monitoringstelle und eine bessere Genderbalance in GSVP-Missionen und dem EAD einzusetzen sowie bei GSVP-Missionen auf eine Berücksichtigung örtlicher Frauenorganisationen zu achten. Die Bundesregierung wird ebenfalls aufgerufen, gegenüber EU-Drittstaaten und regionalen Organisationen die Be-

deutung von Gleichstellung und der Verhütung von sexualisierter Gewalt hervorzuheben, sich für die Umsetzung des Beschlusses des OSZE-Ministerrats über Frauen in der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Konfliktnachsorge einzusetzen, innerhalb der verschiedenen VN-Gremien für die Anwendung der Indikatoren zur Umsetzung der Resolution 1325 und in Post-Konflikt-Situationen für die Beachtung der Geschlechterperspektive, die Schulung und Einbindung lokaler oder regionaler Frauenorganisationen, die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen am Wiederaufbau und die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter einzutreten sowie sich als Mitglied der „friends of resolution 1325“ für einen Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene einzusetzen und für internationale Stellenbesetzungen in Friedensprozessen gezielt Frauen auszubilden und zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mit beratenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 83. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 29. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 14. Sitzung am 14. März 2011 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 83. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 29. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 14. Sitzung am 14. März 2011 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 83. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 33. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 29. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 34. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit" hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 14. Sitzung am 14. März 2011 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3176 in seiner 31. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/3205 in seiner 31. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/2484 in seiner 31. Sitzung am 16. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 16. März 2011

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Edelgard Bulmahn
Berichterstatterin

Dr. Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333